

besteht, und sie so zwingen, sich zu einer alternativen Entscheidung durchzuringen. Kommt es nicht dazu, sollten wir darum beten, dass das neue Imperium wohlwollend und effizient sein möge.

*Aus dem Englischen von Karl Heinz Siber*

*Anmerkung*

- 1 Anspielung auf ein berühmtes Zitat von Donald Rumsfeld: »Reports that say that something hasn't happened are always interesting to me, because as we know, there are known knowns; there are things we know we know. We also know there are known unknowns; that is to say we know there are some things we do not know. But there are also unknown unknowns — the ones we don't know we don't know.« Vgl. Hart Seely, »The Poetry of D.H. Rumsfeld: Recent works by the secretary of defense«, in: *Slate* 2, April 2003, [www.slate.com/id/2081042/](http://www.slate.com/id/2081042/) (Anm. d. Red.)

Charles S. Maier  
IMPERIEN ALS AMBIVALENTE ORDNUNGSMACHT  
IN EUROPA 1905-2005<sup>1</sup>

Inwieweit haben Imperien – im weitesten Sinne des Wortes – zur Ordnung Europas beigetragen? Und inwieweit haben imperiale Strukturen zu katastrophalen Verwerfungen geführt, wenn man an zwei Weltkriege mit einem Blutzoll von wohl über 50 Millionen Toten (Asien nicht mitgezählt), an immer neue gewalttätige Konflikte zwischen ethnischen Gruppen und an Kriege in Osteuropa, Irland und auf dem Balkan im Gefolge ihres Zerfalls denkt? (Nicht einbeziehen wollen wir hier die Kriege außerhalb Europas, in Nahost, Südostasien, Afrika usw.) Ich möchte hier einen paradoxen Befund formulieren: Während sich Europa einerseits immer schwer getan hat, in Abwesenheit von Imperien (ob von solchen im strengen Sinne oder von eher informellen) eine stabile und friedliche internationale Ordnung aufzubauen, haben sich die europäischen Imperien auf der anderen Seite als unmittelbare Ursache von Konflikten und Kriegen erwiesen.

I

Ich möchte an ein Jahr erinnern, dessen hundertste Wiederkehr wir derzeit erleben, denn es war ein wahrhaft bemerkenswertes Jahr. Das runde Jubiläum bietet vielleicht einen passenden Anlass, diese Fragen Revue passieren zu lassen. Rufen wir uns den historischen Kontext des Jahres 1905 ins Gedächtnis. Da gab es zunächst eine gravierende internationale Krise – eine von denen, die wir im Rückblick als ein Glied in der Kette von Krisen identifizieren, die zum Ersten Weltkrieg führten –, als die Deutschen beschlossen, die erst seit einem Jahr bestehende englisch-französische Entente auf die Probe zu stellen, indem sie Frankreich die Ausweitung seines Einflusses auf Marokko streitig machten. Der deutsche Kaiser erreichte mit seinem demonstrativen Besuch in Marokko (wo er den Sultan ermunterte, sich der französischen Einflussnahme zu widersetzen), nur, dass die neue Entente an Zusammenhalt gewann. Auf der anschließenden Konferenz von Algeciras war Österreich-Ungarn das einzige Teilnehmerland,

welches das noch relativ junge Deutsche Reich unterstützte, mit der Folge, dass die beiden Mittelmächte sich von da an in eine immer engere, katastrophenträchtige Allianz begaben.

1905 war natürlich auch das Jahr, in dem Europa die erste umwälzende Revolution seit 1870 erlebte. Auch sie resultierte aus der Krise eines Imperiums, nämlich der sogenannten russischen Autokratie, die durch ihren Krieg gegen Japan (ausgelöst durch Streitigkeiten über Korea) überstrapaziert war. Unter dem Druck fortgesetzter Demonstrationen ließ sich der Zar zur Einberufung des ersten Parlaments in der Geschichte Russlands herbei. Die russische Revolution war nur eine von mehreren, die um diese Zeit Gesellschaften erschütterten, welche auf der einen Seite eine wirtschaftliche Modernisierung von oben durchmachten, auf der anderen aber weiterhin einen massiven Agrarsektor mitschleppten, der durch neue Marktbedingungen in eine chronische Instabilität geraten war.

Betrachten wir diese Serie von Erschütterungen näher – in Russland 1905 und 1917, in Mexiko von 1910 bis 1920, in China in etwa während desselben Jahrzehnts, im Osmanischen Reich von 1908 bis 1922, in Persien nach 1905 sowie natürlich in vielen Ländern und Regionen Osteuropas nach 1918. Diese anhaltenden revolutionären Konflikte resultierten aus den Zangenkräften des Marktes einerseits und des Imperiums andererseits. Der Markt, dieses auf traditionalistische und hierarchische Gesellschaftsordnungen so radikal wirkende Lösungsmittel, hatte, um es verkürzt zu sagen, die Kräfte des Zusammenhalts auf dem Lande paralyisiert. Stolypin in Russland setzte auf die Starken, d.h. auf die kompetenteren bzw. marktfähigeren Bauern; aber es waren stattdessen die Schwachen, die zu den Waffen griffen. Freilich hätte der Markt allein, ungeachtet seiner korrodierenden und langfristig transformativen Kraft, eine solche Wirkung nicht hervorbringen können, hätte nicht das Zeitalter imperialer und strategischer Rivalitäten so viele Staaten den Belastungen des internationalen Wettbewerbs unterworfen. Markt und Imperium verkörperten alternative Formen der gesellschaftlichen Organisation: Der Markt drängt Macht und Hierarchie beiseite und setzt auf Produktion und Investition, Voraussicht und Glück als Mechanismen für die Verteilung der materiellen Güter und die Sicherung des Wohlstands für die Zukunft. Imperien hingegen sind hierarchisch, militärisch und bürokratisch. Sie erzeugen einen hohen Grad an Unterordnung, sorgen aber auch für ein Minimum an gesellschaftlicher Unsicherheit. Der Markt hingegen erlaubt seinen Teilnehmern die Über-

windung von Unterordnungsverhältnissen; er stützt sich weder auf Militär noch auf Bürokratie, erzeugt aber ein hohes Maß an Unsicherheit. Dabei war es in vielen Fällen so, dass der Markt als ein expandierendes Netz von internationalen Handelsbeziehungen, Arbeitskräftewanderungen und Investitionen gleichsam unter dem Schirm eines Imperiums heranwuchs; umgekehrt konnten Imperien aus dem Versuch entstehen, Märkte zu schützen und abzusichern. Markt und Imperium, bildeten separate, aber oft symbiotische Rahmen transnationaler Organisation. Sie konnten ähnliche Reaktionsformen hervorrufen: Die Zumutungen, die von imperialer Herrschaft ausgingen, provozierten oft Revolten gegen die Statthalter kolonialer Macht, aber ebenso konnten auch die Auflösung dörflicher oder patriarchalischer Beziehungen und die Erhöhung der Arbeitsintensität infolge marktbedingter Konkurrenz Aufstände auslösen, die sich allerdings oft gegen die lokale Herrschaft richteten. In den Jahren nach 1905 und dann wieder nach 1920 wurden Länder, die in die Zerreißprobe zwischen Rückständigkeit und lokaler Modernisierung gerieten, gleichzeitig von den Kräften des Marktes und denen des Imperiums bestürmt – mit der Folge einer tiefgreifenden Destabilisierung. Das war ein weltweites Phänomen, einer der echten Wendepunkte der Weltgeschichte und die Overtüre zu einem Jahrhundert voller Ereignisse, die man als fortgesetzte Bemühungen darum deuten könnte, die Mächte Imperium und Markt zu bändigen und diese beiden Geister in ihre Flaschen – sprich geeignete Institutionen – zurückzubannen.

## II

Worin besteht vor diesem Hintergrund die Rolle des Imperiums? Ich definiere diesen Begriff auf eine spezifische Weise – nicht als einen Prozess, in dem ein Kernstaat seine Macht auf andere nationale Einheiten ausdehnt, sondern als eine Struktur aus verschiedenen ethnischen Eliten, die sich zu dem Zweck organisieren, eine althergebrachte hierarchische Ordnung zu stabilisieren. In einem Imperium errichtet die Elite einer Metropole eine auf Unterordnung beruhende hierarchische Struktur, in die sie die Eliten der sogenannten Peripherie einbindet – ein Arrangement zur wechselseitigen Überlebenssicherung.

Hier sollten zwei Unterscheidungen eingeführt werden. Erstens die zwischen Staaten, die ein Imperium besaßen (Großbritannien und Frank-

reich) und solchen, die Imperien waren (Russland, Österreich-Ungarn, das Osmanische Reich, China). Die Staaten, die über ein Imperium verfügten, waren zum größten Teil maritime Kolonialreiche – die von ihnen beherrschten Länder waren weit entfernt und das Mutterland war gezwungen, ihre Verteidigung und die Verkehrsverbindungen zu ihnen zu gewährleisten. Die Staaten, die Imperien waren, stellten territoriale Agglomerationen dar. In den Fällen Großbritannien, Frankreich und USA – Staaten, die über ein Imperium verfügten – konnte die Metropole nach demokratischen Prinzipien regiert werden, nicht aber die Besitzungen. In den Staaten, die selbst Imperien waren, misstrauten die Herrschenden der Demokratie – im Zentrum manchmal noch mehr als an der Peripherie (Russland gewährte Finnland Autonomie, die Habsburger räumten den Kroaten einen Sonderstatus ein). Deutschland und Japan verfügten über Elemente von beidem, waren aber im Grunde eher Nationalstaaten mit einem imperialen Titel, einem vergleichsweise untergeordneten Parlament und einem wachsenden Kolonialsektor in Übersee.

Es stellt sich die Frage, wie man, zweitens, ein Imperium sinnvoll von einer bloßen Hegemonie oder einer Allianz unterscheidet. Die Antwort lautet, dass ein Imperium Gefügigkeit notfalls mit Gewalt erzwingt und Untreue bestraft. Man denke daran, wie (nach dem Bericht des Thukydides) Athen mit Melos und Mitylene verfuhr, oder an den Feldzug der Römer in Judäa, das britische Vorgehen in Indien 1857, die Rückeroberung Venedigs, der Lombardei und Böhmens durch Österreich 1848/49 oder die sowjetischen Einmärsche 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei.

Meiner Ansicht nach lässt sich der Erste Weltkrieg am besten als ein Kampf erklären, der aus den Konflikten innerhalb zweier konzentrischer Kreise von Imperien resultierte, die durch rivalisierende Bündnissysteme miteinander verflochten waren. Der innere Kreis bestand aus den alten territorialen Agglomerationen der Osmanen, der Romanows und der Habsburger, die nach der Bosnienkrise von 1908 und den Balkankriegen von 1912 schwere, untereinander in Wechselwirkung stehende Zerfallskrisen durchmachten. Im äußeren Kreis herrschten Rivalitäten zwischen Imperien mit überseeischen Interessen: Großbritannien, Frankreich, Russland, Japan und die USA konkurrierten um die Gebiete des Osmanischen und des Chinesischen Reichs als relativ wehrloser Beutestücke. Das damals bestehende Allianzsystem – Frankreich im Bündnis mit Russland,

Deutschland mit Österreich, Großbritannien mit Frankreich, alle außer Österreich zunehmend misstrauisch gegenüber dem Deutschen Reich – sorgte dafür, dass die Akteure des äußeren Kreises in Gefahr waren, von den Kräften des Zerfalls, die dem inneren Kreis zu schaffen machten, selbst in Mitleidenschaft gezogen zu werden – was dann tatsächlich im Juli 1914 geschah.

Solange Konflikte zwischen Imperien »ausgelagert« werden konnten, etwa durch Umverteilung von Besitzungen an der Peripherie, in Asien oder Afrika, blieb Europa von kriegerischer Gewalt verschont. Doch diese Option wurde zwischen 1904 und 1911 zunehmend schwieriger. (Eine Verteilung der europäischen Randgebiete des Osmanischen Reiches konnte kriegerische Gewalt nicht verhindern, weil keine Einigkeit darüber bestand, wie die Balkanregion aufgeteilt werden sollte. Dagegen trug die Aufteilung des Osmanischen Nahen Ostens nach dem Ersten Weltkrieg womöglich zu der kurzen Phase der Stabilität ab Ende der 1920er Jahre bei, weil Franzosen und Engländer sich einigen konnten.) Nach 1911 hatten die Imperien ihre Elastizität verloren. In den 1920er Jahren halfen imperiale Erwerbungen zwar mit, Rivalitäten vorübergehend beizulegen, aber als sich Japan und Deutschland dann anschickten, die verbliebenen Imperien Frankreich und Großbritannien herauszufordern, erwiesen sich die imperialen Strukturen doch wieder als destabilisierender Faktor. Und 1941 kam es dann zum gigantischsten militärischen Zusammenstoß in der Geschichte, als die Ambitionen des NS- und die des Sowjet-Imperiums aufeinander prallten.

Sorgten die Imperien also eher für eine Stabilisierung Europas oder eher für eine Bedrohung des Friedens in dieser Region? Woodrow Wilson glaubte eher letzteres. Wir können die Entwicklung seines Denkens anhand der Reden, die er 1917 und 1918 hielt, nachvollziehen: von seinem (noch aus der Position amerikanischer Neutralität heraus formulierten) Ruf nach einem »Frieden ohne Sieg« über seine »Vierzehn Punkte« bis hin zu den Waffenstillstandsverhandlungen mit der neuen Reformregierung in Berlin im Oktober 1918. Solange ein Land nicht demokratisch regiert wird, neigt es dazu, sein Heil in Kriegen zu suchen, so Wilsons Überzeugung. Zugleich bedeutet Demokratie Selbstbestimmung und bedarf daher ethnisch organisierter Nationalstaaten. Allein, wie wir wissen, brachte die von Wilson gestaltete internationale Ordnung, auf Nationalstaaten gestützt und von einer schwachen Institution zur Gewährung kollektiver Sicher-

heit überwölbt, kein bisschen Mehr an Stabilität. Ein Mehr an Demokratie erzeugte sie nur vorübergehend und in wenigen Ländern. Wenn wir die internationalen Beziehungen in Europa in dem Jahrhundert seit 1905 Revue passieren lassen, erscheinen Imperien zwar einerseits als Quelle von Instabilität und Krieg, aber andererseits und aus anderer Warte als die einzigen stabilitätsfördernden Kräfte. Die Periode zwischen 1918 und 1939 war die einzige Phase, in der Europa versuchte, ohne nennenswerte imperiale Herrschaftsgebiete auf dem eigenen Kontinent auszukommen, und bekanntlich funktionierte das nicht besonders gut.

Ich würde sogar noch weitergehen und die These wagen – die an dieser Stelle freilich noch spekulativ ist und nicht auf solider Forschung basiert –, dass Europa das kurze, halbe Jahrzehnt des Friedens, das es in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre erlebte, dem Umstand verdankte, dass in dieser Zeit Imperien zumindest außerhalb von Europa restituiert werden konnten. Der im Rahmen des Mandats-Systems erneuerte Kolonialismus trug dazu bei, innereuropäische Rivalitäten in den Hintergrund zu drängen – sie gingen gleichsam in globalen Arrangements imperialer Stabilität auf. Es ist denkbar, dass die kurze Stabilisierung, die im Europa der späten 1920er Jahren erreicht wurde und die Historiker so oft dem Dawes-Plan und den Locarno-Verträgen zuschreiben, ebenso auf außereuropäischen Faktoren beruhte: Briten und Franzosen schafften es, ihre verbesserte imperiale Stellung im Nahen Osten durch Aufteilung des Osmanischen Reiches zu stabilisieren; sie schlugen Revolten der einheimischen Bevölkerung nieder, riefen abhängige Königreiche ins Leben und erreichten 1923 einen *modus vivendi* mit Atatürks türkischem Staat. London und Paris konnten des weiteren die afrikanischen Besitzungen Deutschlands unter sich verteilen (wobei das neue Südafrika zu den Nutznießern gehörte), während die USA und Japan sich an Samoa gütlich taten. Die neue Harmonie währte freilich nicht lange. Die Weltwirtschaftskrise weckte Kräfte, die die englisch-französische Vorherrschaft außerhalb Europas herausforderten, man denke insbesondere an die Arbeiteraufstände in Indochina, die Araberaufstände der späten 30er Jahre und den Aufstieg einer neuen Generation junger Nationalisten. In Indien bewegten sich die Briten auf die Gewährung von Autonomie zu, in Indonesien versuchten die Holländer, Herausforderungen – von islamischer, kommunistischer und nationalistischer Seite – abzuwehren. Immerhin aber erlebten die Kolonialmächte in den 1920er Jahren zumindest einen glanzvollen imperialen Moment, der ihnen die

Zusammenarbeit in Europa erleichterte und der nicht nur eine Kooperation in Bezug auf Deutschland und seine allmähliche Eingliederung beinhaltete.

Die andere außereuropäische Quelle der Stabilisierung waren die Vereinigten Staaten in ihrer prekären Rolle als internationaler Kreditgeber. Vermittels einer Mixtur aus staatlicher Intervention und privatem Kapital begannen Washington und New York gemeinsam ein System internationaler Zahlungen wiederzubeleben, das, so hoffte man, das Zeug hatte, die heillose Bredouille aus Reparationen und Kriegsschulden zu überwinden. Auch wenn das, was die USA taten, zu wenig und zu unstet war, verkörperte es doch die Erneuerung einer Art finanzieller Koordinierung der Eliten, so etwas wie ein kapitalistisch-imperiales Netzwerk, das bewies, dass Lenin mit seiner Prophezeiung unrecht hatte, der Kapitalismus münde zwangsläufig in einen katastrophalen Wettlauf aller gegen alle. Ganz im Gegenteil sollte der Kapitalismus den Frieden sichern, wie es schon die Theoretiker der schottischen Aufklärung und später Richard Cobden, John Stuart Mill und andere postuliert hatten. Eine marxistische Version des kapitalistischen Friedens findet sich in Kautskys Theorie des »Superimperialismus«.

Zeitgenössische Wirtschaftshistoriker und Politologen wie Charles Kindleberger oder Robert Gilpin haben behauptet, Voraussetzung für die Stabilität des Kapitalismus sei eine handlungsstarke Hegemonialmacht, die gegebenenfalls auch einspringt, um internationale Kredit- und Liquiditätsbedürfnisse zu befriedigen und so wirtschaftliche Krisen vermeiden hilft. Die USA waren für eine solche Rolle eigentlich noch nicht gerüstet oder bereit und – trotz erheblicher privater Investitionen in Europa in den späten zwanziger Jahren – auch zu sehr mit sich selbst und ihrem explodierenden Wohlstand beschäftigt. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als der Kongress den Marshall-Plan zusagte, sollten die USA die Rolle des Weltbankiers mit mehr Stetigkeit erfüllen. Doch die Anfänge wurden in den 1920er Jahren gemacht.

Insoweit Stabilität im Europa der Zwischenkriegszeit möglich schien, beruhte sie also zum einen auf imperialen Arrangements, zum anderen auf einem parallel dazu funktionierenden internationalen Kapitalismus. Die Stabilität stützte sich damit – um die Sache einmal zu personalisieren – auf die Verwirklichung von Mark Sykes' großartigem Plan von 1917, der die Aufteilung des Osmanischen Reiches vorsah, und auf die prekären

Initiativen Thomas Lamonts und von J.P. Morgan, die auf einen finanziellen Wiederaufbau abzielten – prekär, weil der US-Kapitalismus anarchisch war und weil der amerikanischen Politik seit jeher ein starkes Ressentiment gegen Bankiers und Banken innewohnte. Woodrow Wilsons Völkerbund spielte sicherlich eine Rolle, erwies sich jedoch als nicht robust genug, um größerer Konflikte Herr zu werden. Das Problem bestand für Europa nach 1918 darin, dass es nicht zu viel, sondern zu wenig Imperium hatte. Die Sowjets waren noch mit der Verdauung ihrer Revolution, des anschließenden Bürgerkriegs, der Nachfolgekrise und den Anstrengungen um Wiederinstandsetzung der Wirtschaft beschäftigt. Die Briten, die bei den Eliten der Nachfolgestaaten des Habsburgerreichs großen Respekt genossen, schreckten davor zurück, von ihren Möglichkeiten Gebrauch zu machen – Mitteleuropa erschien ihnen zu chaotisch, um sich dort einzumischen. Die Amerikaner wiederum hatten ihre Chancen bzw. Verpflichtungen in dieser Region noch nicht erkannt.

Angesichts all dessen lässt sich die These vertreten, dass Europa ohne Imperien in der Vergangenheit den Versuchungen kriegerischer Gewaltanwendung eher mehr als weniger erlegen ist. Nur die Zwischenkriegszeit brachte Bemühungen zur Errichtung einer europäischen Ordnung ohne imperiale Strukturen. Während des kurzen Friedens von Versailles, der charakterisiert war durch die Berufung auf nationale Selbstbestimmung und den Völkerbund, wuchs die Instabilität, und manches spricht, wie gesagt, dafür, dass nur die imperialen Perspektiven, die Engländern, Franzosen und Japanern außerhalb Europas winkten, den Initiativen für eine Stabilisierung in Europa temporär zum Erfolg verhalfen. (Eine analoge These könnte man für das Verhältnis Japan-China aufstellen.) Selbst Wilson, der Sachwalter des demokratischen Nationalstaats, und Franklin Roosevelt, der selbst Wilsonianer war, vertraten die Überzeugung, die Großmächte müssten eine hegemoniale, institutionell verankerte Ordnung errichten – sei es über den Völkerbund, den Sicherheitsrat oder die »Vier Weltpolizisten«. Anders als in der grauen Theorie, genügten demokratische Monaden in der Praxis nicht.

Nach 1945 war es die Wiederkehr verschiedener Spielarten von Imperium oder hegemonialer Allianz, die Europa vor seinen eigenen destruktiven Leidenschaften rettete. Die amerikanisch-sowjetische Bipolarität – das »System von Jalta« – gewährleistete von Mitte der 1940er Jahre bis 1990 ein gewisses Maß an »Ordnung«. Der sowjetische Block fungierte in fast

jeder Beziehung, nur nicht dem Namen nach, als Imperium. (Die russische Botschaft Unter den Linden konnte es fast mit Lutyens Palast für den Vizekönig in Delhi aufnehmen), und auf der anderen Seite war das Nordatlantische Bündnis um eine eindeutige Hegemonialmacht herum organisiert. Es muss jedoch spekulativer Einschätzung überlassen bleiben, ob diese imperialen Strukturen über 40 Jahre einer intensiven ideologischen Gegnerschaft hinweg Bestand gehabt hätten ohne die nukleare Abschreckung. Wie auch immer, sie hatten Bestand. Jedenfalls herrschte in beiden Hälften Europas Stabilität, auch wenn sie nur in einer Hälfte mit Freiheit einherging.

### III

Diese Erfahrungen liefern relevante Beispiele für unsere Gegenwart. Welche nationalen und supranationalen Strukturen werden künftig am besten in der Lage sein, den Frieden zu sichern? Eine lose Ansammlung von Nationalstaaten bietet – zumindest in der Form, wie sie sich in der Zwischenkriegszeit herausbildete, als neue Grenzziehungen nationale Rivalitäten vorprogrammierten – keine Gewähr für einen dauerhaften Frieden. Imperiale Strukturen erzwangen eine langlebigere Ordnung, die jedoch in einem katastrophalen Zusammenbruch endete. Bleibt der internationale Markt: Reicht er alleine aus, um eine friedensfähige politische Ordnung aufrecht zu erhalten? Das Vertrauen in den Markt in seiner modernen Form beruht auf der Zuversicht, dass die Globalisierung, der Mikrochip und das allgemeine Verlangen nach persönlichem Wohlstand die Menschen rund um den Globus friedlich vereinen werde. Soziale Denker des 19. Jahrhunderts wie Saint-Simon oder Comte in Frankreich oder die bereits erwähnten Mill und Cobden in England hingen diesem Glauben ebenso an wie Norman Angell am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Heute vertritt Thomas Friedman in seinen Büchern und journalistischen Veröffentlichungen eine in das Computerzeitalter transponierte Version dieser Utopie. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass Markt und Imperium einander nicht ausschließen. In den Augen Friedmans und anderer würde vielmehr eine wohlwollende amerikanische Hegemonie eben die Funktion erfüllen, den Marktkräften die Entfaltung der ihnen innewohnenden friedenschaffenden Kräfte zu ermöglichen. Markt und Imperium sind somit zwar nicht aus einem Guss, aber sie können einander ergänzen und weit-



gehend überlappen, der eine als wirtschaftliches, das andere als politisches Vehikel – eine Art zeitgenössischer Ersatz für die Dualität von Imperium und Kirche, die ihre Herrschaft vor fast einem Jahrtausend teilten. Freilich hat der Markt, auch wenn manche seiner Ideologen anderes behaupten, niemals aus sich selbst heraus internationale Harmonie garantieren können. Er hat historisch immer innerhalb eines imperialen Rahmens fungiert, sei es des britischen oder des amerikanischen Imperiums.

Gibt es demnach keine Alternative zu einem wohlwollenden Imperium, das eine an den Geboten der Humanität ausgerichtete globale Marktwirtschaft propagiert? Vor allem: Böte sich eine Alternative an, wenn wir zu dem Schluss kämen, dass eine Welt aus Nationalstaaten allein nicht in der Lage ist, internationale Harmonie zu gewährleisten? Meine persönliche Hoffnung ist die, dass eine Art multinationale Partnerschaft ohne klare hegemoniale Vorherrschaft hinreichen würde, allfällige, aus nationalen Leidenschaften resultierende Konflikte nach und nach zu entschärfen. Könnte die neue NATO eine solche Funktion erfüllen? Bei begrenzten Aufgabenstellungen und innerhalb bestimmter geographischer Grenzen vielleicht. Doch die NATO war nie als Universalwerkzeug gedacht und erhebt, anders als traditionelle Imperien, nicht den Anspruch, an der Strukturierung von Wirtschaftsräumen mitzuwirken. Auf der anderen Seite sind reine Wirtschaftsbündnisse wie etwa die nordamerikanische Freihandelsorganisation NAFTA nicht dafür geschaffen, Sicherheitsaufgaben zu übernehmen. Natürlich gibt es regionale Zusammenschlüsse, die sich zu sowohl wirtschaftlichen als auch politischen Zielsetzungen und den entsprechenden organisatorischen Formen bekennen. Die Europäische Union ist sicher kein Imperium und wäre aus eigener Kraft nicht einmal in der Lage, vor ihrer Haustür Ordnung zu schaffen: auf dem Balkan, jener Region, die bis heute an den Nachwehen ihrer imperialen Vergangenheit leidet. Hinzu kommt, dass die EU derzeit selbst den Eindruck beträchtlicher Konfusion vermittelt. Zweifellos ist sie ein Staatenbund mit der ausdrücklichen Zwecksetzung, die Entwicklung wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu fördern. Doch macht das die Union schon zu einem Akteur in der internationalen politischen Ordnung? Nach den Erfahrungen auf dem Balkan zu urteilen, eher nicht, auch wenn die EU seit Mitte der 1990er Jahre ihre außen- und sicherheitspolitischen Instrumente geschärft hat. Der deutsche Politologe Herfried Münkler, der vor kurzem eine größere vergleichende Studie über Imperien veröffentlicht hat, ist der Überzeu-

gung, die EU müsse »imperialer« werden, um an ihrer südlichen und östlichen Peripherie ordnend wirken zu können – und um Europa in die Lage zu versetzen, der amerikanischen Hegemonie Paroli zu bieten.<sup>2</sup>

Aus den Erfahrungen der letzten 100 Jahre lässt sich die These ableiten, dass dem nationalstaatlichen System in Europa eine zügellose und mörderische Tendenz innewohnt, die bisher immer nur durch die eine oder andere Spielart einer zwischenstaatlichen Ordnung im Zaum gehalten werden konnte. Während im Europa der Vergangenheit über lange Zeiträume hinweg hegemoniale oder imperiale Ordnungen vorherrschten, haben wir es heute endlich mit einem Zusammenschluss annähernd gleichberechtigter Partner zu tun. Natürlich gibt es nach wie vor die Mächtigen und die weniger Mächtigen, doch ist es utopisch, die ersteren zu bitten, ihre Macht im Rahmen einer sich selbst beschränkenden Form internationaler Organisation auszuüben? Es ist nicht schwer, Beispiele für die Korruption und Ineffizienz zu finden, an denen solche Experimente leiden; dennoch haben sie ihren Wert. Sie bringen nach und nach die vielfältigen Organisationen der internationalen Zivilgesellschaft – sei es für Flüchtlinge, Arbeit oder auch für Kultur – unter einen Hut und zwingen denjenigen, der Gewalt anwenden will, zur Rechtfertigung. Woodrow Wilson hat eine Sache richtig erkannt: Ohne Demokratie und Selbstbestimmung werden sich die Kräfte des Krieges und der Gewalt im Zweifelsfall gegen die abstrakte Präferenz für den Frieden durchsetzen. Dass Imperien längere Friedenszeiten gesichert haben als Nicht-Imperien, mag historisch stimmen. Aber ebenso richtig ist auch, dass Imperien letzten Endes auf Krieg hinauslaufen. Über lange Zeiträume hinweg hat sich Europa auf Imperien, entweder auf seine eigenen oder auf andere verlassen. Vielleicht braucht es das heute endlich nicht mehr zu tun. Das wäre eine gute Nachricht.

*Aus dem Englischen von Karl Heinz Siber*

#### Anmerkung

- 1 Übersetzung eines Vortrags für das Engelsberg Seminar *Empire and the Future World Order* (Juni 2005). Eine englische Version wird in dem Band gleichen Titels von der Axel and Margaret Ax:son Johnson Foundation, Stockholm, publiziert.
- 2 Herfried Münkler, *Imperien: Die Logik der Weltherrschaft vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin 2005